

# BAGP-Rundbrief 4.08

## Die Geister, die ich rief... Pharmaindustrie darf VerbraucherInnen künftig über verschreibungspflichtige Arzneimittel informieren

(15.12.2008) Günter Verheugen, der für Unternehmens- und Industriepolitik zuständige Vizepräsident der EU-Kommission, hat seinen industriefreundlichen Gesetzesvorschlag zur europäischen Arzneimittelrichtlinie durchgesetzt. Via Internet und mit gedrucktem Material soll sich die Pharmaindustrie künftig mit Informationen zu Gesundheit, Krankheit und rezeptpflichtigen Arzneimitteln direkt an Verbraucherinnen und Verbraucher richten dürfen. Der Industriekommissar öffnet damit die Schleusen für eine Flut zweifelhafter und von kommerziellen Interessen gesteuerten „Informationen“. Wird Verheugens Gesetzesvorschlag vom EU-Parlament angenommen, geht der VerbraucherInnenschutz damit endgültig baden.

Was als eine Harmonisierung und Vereinfachung der EU-Regeln zur Bereitstellung von PatientInneninformation gedacht war, entpuppt sich nun als ein Regelwerk mit gravierenden Folgen. Es ist ein Freibrief für verkaufsfördernde Veröffentlichungen der Arzneimittelhersteller zu ihren eigenen Produkten. Zwar sind im Gesetzentwurf auf Druck der Kommissarin für Gesundheit und Verbraucherschutz

einige Schutzklauseln eingefügt worden. Diese werden jedoch durch vage formulierte Ausnahmeregeln wieder durchlöchert. So kann z.B. die Vorabkontrolle der Information durch die Behörden auch durch eine freiwillige Selbstkontrolle der Industrie ersetzt werden.

Bis heute ist es nicht gelungen, sachgerechte Aussagen systematisch von Werbung zu trennen. Daher gibt es im Sinne des VerbraucherInnenschutzes nur eine angemessene Reaktion: Verständliche und vergleichende Informationen für Patientinnen und Patienten zu rezeptpflichtigen Arzneimitteln dürfen nur von neutralen und unabhängigen Institutionen bereitgestellt werden. Hierfür machen sich die UnterzeichnerInnen der gemeinsamen Stellungnahme „PatientInnen nicht im Regen stehen lassen – für eine industrieunabhängige PatientInneninformation“ stark. Europa genießt in Bezug auf VerbraucherInnenschutz weltweit ein hohes Ansehen. Die Europa-ParlamentarierInnen sind aufgerufen, sich dieser Vorbild-

funktion bewusst zu werden und dem Schutz der PatientInnen Priorität vor Wirtschaftsinteressen einzuräumen. Es heißt jetzt zu handeln: Denn wer die Geister ruft, wird sie häufig – wie der vielzitierte Zauberlehrling von Goethe – nicht wieder los.

Sollte das Werbeverbot für rezeptpflichtige Arzneimittel in der Europäischen Union fallen, hätte das nicht nur negative Folgen für die VerbraucherInnen hierzulande. Wir befürchten für die Dritte Welt noch weit gravierendere Auswirkungen, da entsprechende Verbote auch in diesen Ländern dann nicht mehr zu halten wären. Wo bereits jetzt viele Menschen keinen Zugang zu unentbehrlichen Arzneimitteln haben, würde Werbung für neue teure Präparate eine sinnvolle Versorgung stark behindern.

**Kontakt:**  
Hedwig Diekwisch  
BUKO Pharma-Kampagne  
August-Bebel-Str. 62  
33602 Bielefeld  
Tel.: 0521 – 9687 9481

## Wissenschaftler/innen fordern Neubewertung der HPV-Impfung und ein Ende der irreführenden Informationen

Seit Herbst 2006 können sich Mädchen und Frauen in Deutschland gegen Humane Papillom-Viren (HPV) impfen lassen. Seit dieser Zeit wird über mögliche Nebenwirkungen, die Kosten der Impfung sowie die teilweise irreführende Kampagne für die Impfung intensiv diskutiert. Ob aber die Impfung überhaupt das leistet, was sie verspricht, wurde kaum hinterfragt. Gerade die entscheidende Frage der Wirksamkeit, im Sinne einer Senkung der Neuerkrankungen an Gebärmutterhalskrebs, ist bisher nicht ausreichend geklärt und Gegenstand unzutreffender Informationen...

Der vollständige Artikel kann nachgelesen werden unter [www.gl-m.de](http://www.gl-m.de), siehe unter Rundbriefe.

Bundesarbeitsgemeinschaft  
der PatientInnenstellen  
(BAGP)

Waltherstr. 16a  
80337 München

TELEFON  
089 / 76 75 51 31

FAX  
089 / 725 04 74

web:  
[www.patientenstellen.de](http://www.patientenstellen.de)  
[mail@patientenstellen.de](mailto:mail@patientenstellen.de)

**Sprechzeiten:**  
Di - Do 13 - 14 Uhr  
und AB

**Inhalt:**  
- HPV-Impfung  
- e-Card  
- Arzneimittelwerbung



## Neues vom PatientInnenbündnis e-Card

Sie kommt immer näher, aber der Druck dagegen wird ebenso immer stärker.

Das PatientInnenbündnis „8 Forderungen zur e-card“ (Details siehe Rundbrief 3-08) kann erste Erfolge verbuchen:

Anfang Dezember 08 wurden dessen VertreterInnen nach Berlin eingeladen, um mit vier Bundestagsfraktionen das Thema zu erörtern.

### FDP stellt Antrag für ein Moratorium der E-Card

Am weitesten geht dabei die FDP-Bundestagsfraktion. Sie fordert ein Einfrieren des Projekts, bis bestimmte Forderungen erfüllt sind ([http://www.fdp-fraktion.de/files/538/Antrag-Moratorium\\_elektronischeGesundheitskarte.pdf](http://www.fdp-fraktion.de/files/538/Antrag-Moratorium_elektronischeGesundheitskarte.pdf)).

### Die Linke hat eine umfangreiche kleine Anfrage erstellt

Besonders zahlreich wurden wir von der Linksfraktion empfangen. Sogar die Bundestagsvizepräsidentin Petra Pau nahm sich Zeit zu kommen. Die Linke unterstützt in vielen Teilen unsere Forderungen. Eine umfangreiche „kleine“ Anfrage wurde erstellt ([http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7777524746\\_1611145.pdf](http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7777524746_1611145.pdf)).



# Auf Eis legen!

**Zocken jetzt auch im Gesundheitswesen? Fast eine Milliarde Euro in 2009 für ein Projekt der Pleiten, Pech und Pannen: die elektronische Gesundheitskarte!**

Am 1. 1. 2006 sollte sie schon da sein, die neue Karte für alle Krankenversicherten in der Bundesrepublik, mit einem Foto und einem Chip als Schlüssel für die Speicherung aller Krankheitsdaten in großen Computern überall in der Bundesrepublik. Aber dieses Projekt stockt. Ende 2008 ist die neue angebliche Wunderkarte noch nicht da, viel Geld wurde ausgegeben, die Tests sind zum größten Teil gescheitert.

**Die Zweifel an dem Plan** „Mammutvernetzung des Gesundheitswesens, sensible Patienten- und Krankheitsdaten raus aus dem bisher geschützten Raum Arztpraxis und Krankenhaus“ werden immer größer, die Proteste immer lauter: Ärzte, Patientenverbände, Zahnärzte, Apotheker und Bürgerrechtsorganisationen lehnen dieses Projekt ab!

**Tägliche neue Datenschutzskandale** tragen nicht gerade dazu bei, das Vertrauen in dieses Prestige-projekt unserer Bundesregierung zugunsten der Profite der datenverarbeitenden Industrie zu stärken. Immer mehr Menschen wehren sich gegen diese zentrale Datenspeicherung: Schlimm genug, dass Konto- und Handydaten illegal kopiert und weiterverkauft werden, das darf nicht auch noch mit Ihren ganz persönlichen Krankheitsdaten passieren. Intime Patienten- und Krankheitsdaten über Krebs, AIDS, Depressionen – in Zukunft „schnell zugänglich“ in einem Zentralserver?

**500 000 Patienten haben bereits jetzt mit ihrer Unterschrift gegen die in 2009 geplante Einführung der Gesundheitskarte protestiert und angekündigt, ihre bisherige Versichertenkarte weiter benutzen zu wollen – schließen Sie sich an!**

V.i.S.d.P.: Martin Graudusius, 40699 Ekrath, Bergstraße 14, Tel: 02104/1385975, Fax: 02104/449732



**Unsere Politiker geben sich bisher unbeeindruckt**, wie immer soll dieses Projekt gegen alle Widerstände durchgezogen werden. Koste es, was es wolle.

#### Fragen Sie Ihren Bundestagskandidaten:

„Können Sie die Einführung der „elektronischen Gesundheitskarte“ wirklich gut heißen?“

#### Fragen Sie Ihre Krankenkasse:

„Was passiert mit meinen Daten?“ Und – wenn Ihre intimen Daten geschützt bleiben sollen – schließen Sie sich mit Ihrer Unterschrift unserer Aktion gegen die e-Card an!

**Aktion „Stoppt die e-Card“**

**[www.stoppt-die-e-card.de](http://www.stoppt-die-e-card.de)**

### SPD und Grüne weiterhin positiv der Karte gegenüber

Weniger erfolgreich waren wir bei SPD und Grünen. Wir konnten zwar unser Anliegen übermitteln, aber leider gelang es nicht, die Vorteile einer eher dezentralen Lösung, wie den USB-Stick, unvoreingenommen ins Gespräch zu bringen. Dieser hätte weit weniger Datenschutz zur Folge, was wir anders sehen.

### Kompromiss: Ernsthafte Prüfung des USB-Stick

Vielleicht könnte gerade aber der USB-Stick der Kompromiss werden. Hierzu muss natürlich ein umfassendes Sicherheitskonzept entwickelt werden. Die Gematik prüft derzeit, ob der Stick überhaupt relevant werden kann. Leider ist die Gematik gleichzeitig der stärkste Befürworter der Serverlösung.

### Interview im Mittagmagazin

Im Mittagmagazin des bayerischen Hörfunks wurde über unser Bündnis berichtet.

### Weitere Pläne

Wir bleiben am Ball und versuchen, zusammen mit stoppt-die-e-Card im Frühjahr eine Podiumsdiskussion mit den Bundestagsfraktionen durchzuführen.

### stoppt-die-e-Card

hat gerade eine neue Kampagne aufgelegt (siehe oben). Aber bereits jetzt wurden 500.000 Unterschriften gegen die Karte gesammelt. In Kürze weitere Infos. pf

